

Verschärfte Agenda-Politik

Schon wieder neue Milliarden „für Griechenland“ – ein Fass ohne Boden?

Dieses „Fass ohne Boden“ ist allein für die Bedienung der Ansprüche der Gläubigerbanken und Spekulationsfonds geschuldet. Als Voraussetzung für die nächsten Rettungsmilliarden an die Banken wurde dem griechischen Volk nach dem Willen der Troika und der Regierung Samaras ein weiteres Verelendungsdiktat von 18,1 Mrd. Euro aufoktroiert.

Bis Jahresende laufen drei Kredit-Tranchen von insgesamt etwa 45 Milliarden Euro, die, so der deutsche Finanzminister Schäuble, bis Ende Dezember gebündelt ausbezahlt werden sollten.

Zusätzliche Kosten in Höhe von etwa 32,6 Mrd. Euro entstehen dadurch, dass die Troika der griechischen Regierung die Frist von weiteren zwei Jahren bis zum Erreichen der Sparziele eingeräumt hat.

Wer zahlt, wer übernimmt die Haftung? Der IWF hat unmissverständlich erklärt, dass er nicht zahlen wird und macht Druck auf Europa und vor allem Deutschland, einem Schuldenschnitt zuzustimmen, der dieses Mal fast komplett zu Lasten der öffentlichen Gläubiger gehen soll. „Würde etwa ein 50-Prozent-Schuldenschnitt für Griechenland durchgeführt, hieße das konkret für Deutschland, auf bis zu 17,5 Mrd. Euro zu verzichten“, errechnet Spiegel Online (13.11.12).

Die Bundestagswahlen 2013 im Nacken, wehren sich Merkel und Schäuble vehement gegen diesen Vorstoß des IWF. Sie wollen unbedingt vermeiden, der Bevölkerung diese Rechnung noch vor der Wahl präsentieren zu müssen. Es ist für sie schon schlimm genug, dass sie vorher noch die jetzt anstehenden Tranchen durch den Bundestag bringen müssen.

Um vor dem deutschen Volk diese neuen Milliardenbelastungen für den öffentlichen Haushalt zu verstecken, drängen sie stattdessen darauf, dass die EZB erneut die Notenpresse anwirft, wodurch fällig werdende Belastungen aus der erhöhten Haftungssumme erst einmal verschleiert werden könnten.

Schäubles mittelfristige Finanzplanung gaukelte lange Zeit vor, dass die verschärfte Schuldenbremse des Fiskalpaktes, die einen um 30 Mrd. vermehrten Schuldenabbau aufzwingt, durch die – momentan – günstigen Bedingungen der Entwicklung (bei Steuern und Konjunktur) aufgefangen werden, sodass er weiteren Haushaltskürzungen, die die Umsetzung der Politik des Fiskalpaktes und die Schuldenbremse diktiert, ausweichen könne.

Unter dem Druck der weiteren Milliar-

den-Flutungen – über Griechenland an die Banken – und von ESM und Fiskalpaket sieht er sich jetzt gezwungen, mit dem Haushalt für 2013 und in der Finanzplanung bis 2016 erste Kürzungsmaßnahmen preiszugeben. So sind in diesen nächsten vier Jahren harte Einschnitte in den drei Säulen des sozialen Sicherungssystems vorgesehen: bei der Bundesagentur für Arbeit (BA), der Rente und im Gesundheitsfonds.

Der BA wurden schon zur Finanzierung der Bankenrettung 16 Milliarden Euro geraubt, sowie über 10 Milliarden Euro für die Subventionierung der Kurzarbeit zur Rettung der Unternehmerprofite. 2013 bis 2016 sollen ihr weitere 21 Mrd. Euro entzogen werden.

Bei der Rente sind für die nächsten vier Jahre Einsparungen von 4,75 Mrd. vorgesehen.

Beim Gesundheitsfonds plant der Bund für 2013/2014 Kürzungen von 2,5 Mrd..

Diese verschärfte Agenda-Politik, die der Umsetzung des Diktats der zwei neuen europäischen Verträge, ESM und Fiskalpaket, geschuldet ist, stützt sich auf die vorgegangenen Agenda-Maßnahmen, für die gerade auch Steinbrück schon unter Schröder und als Finanzminister der Großen Koalition die Verantwortung getragen hat.

Heute ist Steinbrücks Hauptvorwurf an die Regierung Merkel, dass sie davor zurückschreckt endlich dem deutschen Volk die ganze schmerzliche Rechnung zu präsentieren, die es für die „Bewältigung der Krise“, für die Rettung des Finanzkapitals und der Konzernprofite zahlen soll.

Steinbrück ist bereit, als ihr Spitzenkandidat die SPD darauf vorzubereiten, in einer kommenden Regierung den Menschen diese grausamen Kosten aufzubürden.

Diese historische Aufgabe für eine SPD in der Regierung unterstreicht in aller Klarheit der SPD-Fraktionsvorsitzende, Steinmeier: „Die nächsten Entscheidungen werden nicht lange auf sich warten lassen. Und sie werden nicht populär sein. (...). Wir müssen sagen, dass dieser Weg hart wird, dass er mit erheblichen Lasten – auch für unser eigenes Land – verbunden sein wird. Den Menschen dies offen ins Gesicht zu sagen, das ist eigentlich nicht Aufgabe der Opposition, sondern der Regierung. Aber Angela Merkel, Philipp Rösler und Horst Seehofer zeigen diese Verantwortung nicht. Sie versagen vor dieser historischen Aufgabe“ («Fraktion intern», 16.08.2012).

Alle anderen Versprechungen, wie z.B.

angebliche Korrekturen an der Agenda-Politik durch eine „Aufweichung der Rente mit 67“, die sich als Luftnummern entlarven, werden Steinbrück vor allem von SPD-Chef Gabriel angedient, um ihn für die SPD-Mitglieder tragbar zu machen.

Steinbrück selbst lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass er in der Fortsetzung der Euro-Krisenpolitik, der Umsetzung der beiden Verträge ESM und Fiskalpaket und der verschärften Schuldenbremse, die die Super-Agenda-Politik diktiert, sein politisches Credo sieht. Für ihn ist unausweichlich, dass die SPD den erpresserischen Anforderungen der Banken und Finanzmärkte entsprechend der Verpflichtung durch die beiden Verträge nachzukommen hat.

So schloss er eine Zustimmung der SPD-Fraktion zu einem weiteren Griechenlandpaket, das eine erneute Milliarden-Flutung an die Finanzinvestoren garantiert, nicht aus, wenn auch geknüpft an „bestimmte Bedingungen“.

Diejenigen GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und politisch Engagierten, die Initiativen ergriffen haben für die Einheit der ArbeitnehmerInnen und ihre Organisationen im Kampf gegen jede Form von Sparpolitik und Sozialkürzungen, gegen die Billiglöhne und die Aushöhlung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte und gegen Entlassungen, gegen ESM und Fiskalpaket,

sie sagen Nein zu Steinbrück als Spitzenkandidat der SPD, der die Politik vertritt und fortsetzen will, mit der die Bevölkerungsmehrheit Schluss machen will.

Sie treten ein für KandidatInnen der SPD, die sich auf die Verteidigung der Forderung der Arbeiterschaft und Jugend und der Demokratie verpflichten, auf die Verteidigung und Wiederherstellung des Sozialstaats und der sozialen Einheit Deutschlands, wie auf die Souveränität.

Sie laden ein zu einer Nationalen Konferenz am 26. Januar in Berlin um die Forderungen:

Schluss mit der Sparpolitik und der sozialen Demontage unter dem Diktat der Schuldenbremse;

Schluss mit Lohndumping, Prekariisierung und Entlassungen unter dem Diktat der Wettbewerbsfähigkeit;

Schluss mit der Verschärfung dieser Politik unter dem Diktat der europäischen Verträge, ESM und Fiskalpaket und der Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB)!

Carla Boulboulé